

A27387

Die
Sozialdemokratie
in
Pommern.

Eine geschichtliche Darstellung der Entwicklung
der
sozialdemokratischen Bewegung von 1869—92.

Mit einem Anhang:

Marseillaise der pommerschen Arbeiter.

Von

Fritz Herbert.

Sozialdemokratische Partei
Preis 15 Pf. Deutschlands
Partei Vorstand
Bibliothek

Stettin 1896.

in Selbstverlage des Verfassers.

Cb

vi 3

A27387

Die Entwicklung der Sozialdemokratie in Pommern.

Mehrere Jahre waren bereits vergangen, seitdem die sozialdemokratische Bewegung in Deutschland festen Fuß gefaßt hatte, als die neue Lehre nach Pommern gebracht wurde. Am 31. August 1864 hatte der unvergeßliche Ferdinand Lassalle seine Augen für immer geschlossen und erst im Jahre 1869 fand in Stettin die erste sozialdemokratische Versammlung statt. Am 5. Mai 1869 wurde in Stettin eine Mitgliedschaft des von Lassalle ins Leben gerufenen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gegründet, nachdem schon in einigen Versammlungen vorher dafür Propaganda gemacht worden war. Als Redner trat Theodor Zinn auf, ein Bruder des später als Agitator bekannten gewordenen Karl Zinn, welcher letzterer in Berlin nach Erlaß des Ausnahmegesetzes eine recht unrühmliche Rolle gespielt hat. Theodor Zinn ist der Stifter der sozialdemokratischen Bewegung in Pommern. Er selbst hat übrigens bald nach seinem Auftreten in Stettin eine Wirthschaft in Bredow übernommen und sich von der Arbeiterbewegung zurückgezogen.

Nachdem sich aber gezeigt hatte, daß in Stettin ein fruchtbarer Boden für die Lehren der Sozialdemokratie vorhanden war, fandte der Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein, der damals besoldete Agitatoren unterhielt, den Schuhmacher Armbrust hierher. Die Begeisterung war Anfangs sehr groß; im Jahre 1869 zählte die Stettiner Mitgliedschaft des genannten Vereins schon 800 Mitglieder. Bei den Meisten war freilich, wie bei jeder Sache im Anfang, nur Strohfeuer entfaßt; in den folgenden Jahren sank die Zahl der Mitglieder wieder herab, aber immerhin blieb ein fester Stamm vorhanden.

Ein ähnliches Ereigniß wie 1887, das später noch geschildert werden wird, hat sich bereits im Jahre 1869 zugetragen. Im Herbst des genannten Jahres fand in dem damals existirenden Lokale von der Devantier (an der Ecke der Prutz- und Pölitzerstraße; das Lokal ist vor einigen Jahren eingegangen und sind auf dieser Stelle Wohnhäuser gebaut worden) eine Versammlung statt, in welcher Armbrust einen Vortrag hielt. In der Diskussion sprach alsdann der Schuhmacher Strümpel. Bei der Rede des letzteren wurde die

Versammlung von dem überwachenden Beamten, dem Polizei-Assessor v. Baugen, aufgelöst. Als die Arbeiter, denen die Maßregel unrechtmäßig vorkam, nicht gingen, schritt die Polizei und schließlich Militär ein. Da gerade Manöver war, so konnte nicht viel Militär aufgeboten werden. Es kam zu einer förmlichen Schlacht; die Arbeiter demolirten den Gartenzaun und benutzten die Latten als Waffen. So viel mir erzählt worden ist, hat die Polizei dabei den Kürzeren gezogen; ein Soldat soll später an den bei dieser Gelegenheit erhaltenen Wunden gestorben sein und die Polizeibeamten mußten lange Zeit mit verbundenen Wunden gehen. Aus dem gerichtlichen Nachspiel ist nicht viel geworden, da man keine Schuldigen ermitteln konnte, wengleich mehrere Verhaftungen stattgefunden hatten.

Während des Krieges im folgenden Jahre konnte sich die junge Partei nicht weiter entwickeln; eine Reihe von Anhängern befand sich übrigens auch im Felzuge. Als am 10. Januar 1871 die Wahlen zum Deutschen Reichstage stattfanden, war zum ersten Male in Stettin ein sozialdemokratischer Kandidat, der Schuhmacher Armbrust, aufgestellt worden; für denselben wurden 24 Stimmen abgegeben.

Im Jahre 1872 zog Armbrust wieder von Stettin weg, nachdem an seine Stelle der Schuhmacher Zielowsky gesandt worden war. Die Agitation wurde jetzt ausschließlich von Zielowsky betrieben, die Versammlungen des Arbeiter-Vereins fanden große Lustade 14 (Stadt Bromberg, Herberge) statt. Zu der in Berlin vom 18. bis 24. Mai 1873 abgehaltenen General-Versammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins war Zielowsky von Stettin als Delegirter gesandt; er vertrat damals 155 Mitglieder.

Als am 10. Januar 1874 zum zweiten Male für den Deutschen Reichstag gewählt wurde, hatte sich die Sozialdemokratie schon stark entwickelt. Die dabei erzielte Stimmenzahl wurde bei den späteren Wahlen nicht wieder erreicht und erst im Jahre 1887 wieder übertroffen. In Stettin war der Zimmerer August Kapell, der 266 Stimmen erhielt, aufgestellt; im Wahlkreise Randow-Greifenhagen, wohin sich die Bewegung inzwischen ausgedehnt hatte, erhielt Zielowsky 213 Stimmen. Außer in diesen beiden Kreisen wurden noch im Wahlkreise Fürstenthum (Röslin-Kolberg-Rörlin) 629 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, wovon die meisten aus Röslin herrührten.

Bald nach der Reichstagswahl 1874 mußte der Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein in Folge behördlicher Verfolgungen wie in vielen Orten so auch in Stettin und Stargard, wo sich ebenfalls eine Mitgliedschaft gebildet hatte, eingehen. Meist wurde den Mitgliedschaften auf Grund der vereinsgesetzlichen Bestimmung, wonach Vereine, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, nicht mit einander in Verbindung treten dürfen, das Lebenslicht angeblasen. Diese Bestimmung ist später auch gegen Fachvereine angewandt worden.

Die weitere Entwicklung der Bewegung ließ den Wunsch nach einem eigenen Preßorgan entstehen. Am 2. Oftertage 1876 fand die erste Konferenz der sozialdemokratischen Partei Pommerns, deren einziger Berathungsgegenstand die Presse bildete. Anwesend waren 11 Delegirte, und zwar aus Stettin, Grabow, Bred-

Ichow, Frauendorf und Pommerensdorf. Die Verhandlungen
 erten von Nachmittags 4—8 Uhr und fanden in der Restauration
 Neumann, Fischmarkt 7, statt. Auch aus Greifenhagen war
 Delegirter, welcher indessen nicht erschien, angemeldet; doch freute
 an sich schon darüber, daß die Bewegung überhaupt bereits dort-
 gin gedungen war. Auf der Konferenz wurde beschlossen, ein
 eigenes Blatt unter dem Titel „Stettiner Freie Zeitung“ heraus-
 zugeben. Zuerst sollte ein Preßfonds angeammelt werden, was auch
 im Laufe des Sommers geschah. Ferner wurden Antheilscheine zu
 5 Thaler ausgegeben; dieselben sollten später, wenn sich das Blatt
 rentirte, wieder eingelöst werden. Dazu ist es nun freilich infolge
 eines später ausgebrochenen Zwistes, welcher die Bewegung schwer
 schädigte, niemals gekommen.

Als ich diese Schrift schrieb, wurde mir von einem alten Partei-
 genossen ein solch. Schein vorgelegt. Derselbe stammt aus einer
 Zeit, wo die Zeitung bereits bestand, und hat folgenden Wortlaut:

Fünfzehn Mark

sind von Herrn Carl Voeks, dem Zeitungsfonds der Stet-
 tiner Freien Zeitung zu 4 pCt. gezeichnet worden.
 Stettin, am 28. November 1876.

Gregor Zielowsky, Ervedient.

Außer diesem haben sich noch unterschrieben: J. Bartisch,
 H. Grundmann, J. Müller, F. Biegald, F. Schünke.
 Links stehen noch die Worte: „Obige 4 pCt. beansprucht
 ich nicht. Voeks.“ Er hat weder das geliehene Geld noch
 Zinsen jemals erhalten.

Im September erschien zunächst eine Probenummer der „Stettiner
 Freien Zeitung“ und vom Oktober ab wurde das Blatt wöchentlich
 dreimal herausgegeben; es war ein Ableger der „Berliner Freien
 Presse“, wurde daher in der Genossenschaftsdruckerei in Berlin ge-
 druckt und die Seite Druck war Zweieinhalb Centimeter hoch und
 20 Centimeter breit. Der Abonnementspreis war folgender: In
 der Expedition vierteljährlich 1 Mk., monatlich 35 Pf.; frei ins
 Haus vierteljährlich 1 Mk. 25 Pf., monatlich 45 Pf.

Trotz der eigenen Presse war die Stimmenzahl bei der Reichs-
 tagswahl am 10. Januar 1877 geringer als drei Jahre vorher.
 In diesem Jahre kandidirte in Stettin auch der Buchdruckereibesitzer
 Robert Grafmann, der es auf etwa 1500 Stimmen brachte. Der
 sozialdemokratische Kandidat August Kapell erhielt 2102, Zielowsky
 in Randow-Greifenhagen nur 1592 Stimmen. Im Kreise Fürsten-
 thum wurden ebenfalls weniger Stimmen, nur noch 165, abgegeben,
 dagegen wurden in Stargard (Pyritz-Saackig) 51 sozialdemokratische
 Stimmen abgegeben. Kurze Zeit darauf ist in letzteren Kreisen die
 Bewegung wieder eingeschlafen, die dort erst wieder im Jahre 1892
 sich zeigte.

Die „Stettiner Freie Zeitung“ hatte es bereits zu einer Abon-
 nentenanzahl von etwa 1200 gebracht. Da erschien einige Zeit nach
 der Reichstagswahl der Geschäftsführer der Berliner Genossenschafts-
 Druckerei, Rackow, und beschwerte sich über Zielowsky, der Redakteur
 des Blattes war und die Expedition besorgte, wegen zu schlechter
 Ablieferung der Gelder. Es fand im Kaisergarten (Alt-Torney)

eine Versammlung statt, in welcher Radow die Klagen über Zielon vorbrachte und wo diesem das Blatt abgenommen werden sollte. Die Versammlung, die einen stürmischen Verlauf nahm, entschied sich indessen mit großer Mehrheit für Zielowsky. Die Berliner lehnten sich aber nicht an diesen Beschluß, sandten das Blatt nicht weiter an Zielowsky, sondern an einen Andern, an Gottschid, der nunmehr agitatorisch gegen Zielowsky auftrat. Gottschid zeichnete auch als Redakteur; als Verleger zeichnete G. Steinweg (jetzt in Amerika), der von Anfang an dagegen gewesen war, daß Zielowsky das Blatt haben sollte.

Zielowsky wandte sich hierauf zunächst an eine Reihe auswärtiger Genossen, als ihm dies aber nichts half, gründete er unter demselben Titel, also „Stettiner Freie Zeitung“, ein neues Blatt, das bei Wettengel in Koftock gedruckt wurde. Wegen des gleichen Titels verklagten sich übrigens beide Parteien, doch ehe der Prozeß entschieden wurde, waren beide Blätter schon eingegangen.

Hatte die „Stettiner Freie Zeitung“ schon früher mit Schulden gearbeitet, so konnte nunmehr, nachdem zwei Blätter sich in die Abonnentenzahl theilten, keines derselben bestehen. Für das Zielowsky'sche Blatt mußten die meisten Opfer gebracht werden. Zuerst wurde fleißig gesammelt, aber die Schulden wurden immer größer, sodaß der Drucker das Blatt nicht mehr liefern wollte. Die begeistertsten Genossen gaben alles Geld her, das sie befaßen, alle Ersparnisse, sodaß Einzelne viele Hunderte verloren haben und schwer geschädigt worden sind. Als kein Geld mehr aufzutreiben war, verpfändete die Preßkommission, die aus den Genossen Müller, Piegald und Heinze bestand, von denen ersterer, nunmehr ein alter Mann, als treuer Anhänger der Sozialdemokratie in weiten Kreisen bekannt ist, ihre Wirkthchaft, — umsonst waren all die Opfer, mit Ende des 3. Quartals mußte das Blatt eingehen. Das Gottschid'sche Blatt war schon einige Tage vorher eingegangen. Auch auf dieser Seite wurden viele Opfer gebracht, obgleich dort Berlin einigermaßen eine Stütze bot. Von einem Genossen der damaligen Zeit ist uns erzählt worden, daß er und mit ihm seine Freunde jede Woche 1 Thaler gegeben habe. So hatten in einigen Monaten die Genossen sich vollständig aufgerieben, waren total verfeindet, denn der Kampf im eigenen Lager wird erfahrungsgemäß mit viel größerer Erbitterung geführt als gegen einen anderen Feind, Stettin hatte kein eigenes Blatt mehr, — die Reaktion triumphierte.

Von einem Mitkämpfer jener Zeit, der zur Preßkommission des Zielowsky'schen Blattes gehörte, wurde mir gesagt, das viele Geld, das er gegeben habe, thue ihm nicht leid, das habe er für seine Ueberzeugung gegeben, aber daß trotz aller Opfer das Blatt nicht zu halten war, ärgere ihn heute noch.

Uebrigens ist auch Wettengel in Koftock wirtschaftlich zu Grunde gegangen. Ein kleines Häuflein abonnierte nach diesen Ereignissen den „Necklenburger Arbeiterfreund“, der in den Stettiner Exemplaren zugleich auch als Organ für Pommern bezeichnet wurde.

Die Abonnentenzahl der beiden Blätter ist heute nicht mehr festzustellen, doch soll das Zielowsky'sche Blatt die meisten Leser

gehabt haben. Als Zielowsky sah, daß sein Blatt nicht mehr gedruckt wurde, bekam er aus Aerger und Aufregung einen Schlaganfall.

Die Gegner machten sich die Lage natürlich zu Nutze; sie gründeten einen christlich-sozialen Arbeiter-Verein, an dessen Spitze Pastor Fürer stand. Zielowsky, körperlich ein Krüppel, der nicht mehr arbeiten konnte, geistig gebrochen, wurde für die christlich-soziale Sache gewonnen, — er hat sogar Vorträge in diesem Sinne gehalten.

Es kann nicht meine Aufgabe sein, ein Urtheil über diese Ereignisse zu fällen. Bedauerlich sind dieselben jedenfalls und sie haben nach der übereinstimmenden Ansicht der damals thätigen Genossen die Sozialdemokratie in Pommern um mindestens 10 Jahre zurückgebracht. Die Einen verdammen Zielowsky, der im Jahre 1879 gestorben ist, die Andern sagen, er war kein schlechter Mensch, er verdient nicht, schlecht gemacht zu werden. Ein Bekannter von mir hatte ihm einmal, als er mit Traktätchen ausstand, gesagt, ob er sich nicht schäme; Zielowsky erwiderte darauf: „Was soll ich machen? Hunger thut weh!“ Mit diesen wenigen Worten ist Vieles erklärt.

Gottschick ist nach Erlass des Ausnahmegesetzes nach Amerika ausgewandert, wo er noch lebt. Die Vergangenheit soll die Lehrmeisterin der Zukunft sein. Aus den oben geschilderten Ereignissen ist viel zu lernen.

Eine jede Bewegung, die springfluthartig anschwillt, hat in der Regel einen Rückgang zur Folge, allein die niedrige Stimmzahl, die bei der Reichstagswahl am 30. Juli 1878 sich herausstellte, war wohl durch den vorausgegangenen Zwist verursacht. In Stettin wurden für August Kapell, der auch in Randow-Greifenhagen kandidirte, 914 Stimmen abgegeben; bei der einige Wochen später stattgefundenen Nachwahl, da der als Abgeordneter gewählte Minister Delbrück ablehnte, sogar nur 719 Stimmen; in Randow-Greifenhagen wurden 833 Stimmen abgegeben. Als das Sozialistengesetz vom 28. Oktober 1878 in Kraft trat, da gab es in Stettin nichts mehr zu zerstören, hier gab es längst keine geschlossene sozialdemokratische Bewegung mehr.

Nach Erlass des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie war natürlich erst recht jeder Zusammenhalt verloren. Erst zur Reichstagswahl 1881 fanden sich mehrere Genossen wieder, um wenigstens zu zeigen, daß die Sozialdemokratie noch nicht ganz ausgestorben war. Man einigte sich dahin, den Genossen August Bebel als Kandidaten aufzustellen. Wählerversammlungen fanden nicht statt. Ein Aufruf, den man im „General-Anzeiger“ veröffentlichen wollte, wurde nicht aufgenommen. Man klebte indessen zur Nachtzeit zuerst hektographirte und später gedruckte Aufrufe an, in welchen zur Wahl Bebels aufgefordert wurde. Die Stimmzettel wurden meistens unter der Hand, in den Fabriken, vertrieben, nur an einigen Wahllokalen (die meisten blieben unbesezt) stand Jemand mit Stimmzetteln. Dennoch war der Erfolg den Verhältnissen nach nicht gering: es wurden für Bebel 910 Stimmen abgegeben. Das Ausnahmegesetz hatte demnach Niemand von seiner Ueberzeugung abgebracht. In Randow-Greifenhagen wurden für Bebel 159 Stimmen abgegeben.

Von jetzt an lebte auch wieder die Parteibewegung auf. Die Gesinnungsgenossen hatten sich wieder einander genähert und das Band der Freundschaft und gleichen Ziele hielt sie zusammen.

Die Wahl 1884 fand schon unter etwas günstigeren Um- unden statt. Man stellte außer in Stettin auch in Randow-Greifenhagen (Stettin-Land) einen Kandidaten wieder auf, und zwar kandidirte in beiden Kreisen Hermann Priek. Es fanden bei Devantier, auf dem „Bock“ und im Züllhower Schützenhause Wählerversammlungen statt. Auch wurde ein Wahlflugblatt verbreitet und des Nachts rothe Plakate angeklebt. Die Wahllokale wurden mit Stimmzetteln-Vertheilern besetzt, doch war die Zahl der thätigen Genossen noch so gering, daß Einzelne vom Beginn bis zu Ende der Wahl ausharrten, ohne abgelöst zu werden. Ueber den Ausgang der Wahl war man einigermassen enttäuscht. Es wurden in Stettin 1139 Stimmen für Priek abgegeben, also nur ca. 200 mehr als 3 Jahre vorher; Randow-Greifenhagen brachte 770 Stimmen auf.

Nach der Wahl wurde die Agitation wieder lebhafter betrieben. Die Einführung des Krankenkassengesetzes hatte schon Veranlassung zu Versammlungen gegeben und im Jahre 1885 fing man an, die Arbeiter in Fachvereinen zu organisiren. Die Schmähartikel des „Stettiner Tageblatt“ machten den Wunsch rege, ob es nicht möglich sei, ein eigenes Organ herauszugeben, in welchem die Angriffe widerlegt werden könnten, und so wurde im Juli 1885 der „Stettiner Volksbote“ gegründet. Zum Redakteur und Verleger wurde Fritz Herbert bestimmt.

Das Abonnement auf das Blatt war Anfangs nur gering, doch bald hatte sich ein fester Stamm von Abonnenten in Höhe von etwas über 400 herausgebildet. Die redegewandten Genossen sorgten sowohl in den Fachvereinen als in öffentlichen Versammlungen für Aufklärung und als der Reichstag am 14. Januar 1887 aufgelöst wurde, stand die Sozialdemokratie schlagfertig da. Als Kandidat für Stettin wurde Fritz Herbert, für Randow-Greifenhagen Fritz Görcki aus Berlin aufgestellt.

Wie schnell damals gearbeitet wurde, beweist die Thatsache, daß am Freitag den 14. Januar Abends die Auflösung erst durch Extrablätter bekannt gemacht und schon am Sonntag den 16. Januar ein sozialdemokratisches Flugblatt verbreitet wurde, das in der Nacht zuvor gedruckt worden war.

Am Montag den 24. Januar fand in Stettin die erste sozialdemokratische Wählerversammlung auf dem „Bock“ statt, welche von 4—5000 Personen besucht war, eine Zahl, welche den herrschenden Parteien Furcht und Entsetzen einflößte. Einige Tage später, als es in einer freisinnigen Wähler-Versammlung, weil keine Diskussion zugelassen wurde, unruhig herging, drohte die konservative „Pommersche Reichspost“ mit der Verhängung des Belagerungszustandes. Ein äußerer Anlaß zu dieser Maßregel sollte sich leider bald finden. Am 7. Februar fand wiederum auf dem „Bock“ eine Wählerversammlung statt, welche ebenso stark wie die erste besucht war. Die Kandidaten der beiden Kreise, Herbert und Görcki, sollten referiren. Nachdem der erstere ziemlich eine halbe Stunde lang gesprochen hatte, wurde die Versammlung bei einer ganz harmlosen

Redewendung aufgelöst. Der Referent hatte Eingang seines Vortrages — es handelte sich damals um Bewilligung des Septennats — die sozialdemokratische Forderung, an Stelle des stehenden Heeres ein Volkshier zu errichten, auseinanderzusetzen und sich dann zur Sozialreform gewandt. Die letzten Äußerungen des Redners waren wörtlich folgende: „Wir sind zwar mit dem Grundsatz einverstanden, daß der Staat die Krankenversicherung der Arbeiter anordnet, aber wir sind nicht mit dem herrschenden Gesetz einverstanden. Das zweite Gesetz ist das Unfallversicherungsgesetz —“. Hier erfolgte die Auflösung; es sollte durch die Worte des Referenten zum „Umsturz“ der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung aufgereizt worden sein. Die Maßregel kam vollständig überraschend. Einen Augenblick herrschte Todtenstille, dann machte sich die Entrüstung in einem Lärm Luft, den man mit der Feder gar nicht so beschreiben kann: man schrie, pfiß und tobte durcheinander. Der Vorsitzende Behrend und ebenso der Referent wollten die Versammelten beruhigen, der überwachende Beamte, Kommissar Schmidt, hatte dies anfänglich auch gestattet, allein es erschienen bald Polizisten, welche die Räumung der Bühne verlangten. Es war sogar das Gerücht verbreitet, Herbert sei verhaftet worden, weil ihn ein Polizist am Armel erfaßte, wodurch die Erregung sich noch gesteigert hatte.

Ein Arbeiter war schließlich auf die Bühne geklettert und hatte nach dem Grund der Auflösung fragen wollen. Darauf zog der Kommissar Schmidt mit zwei Schutzleuten blank, den Arbeiter zurückstoßend. Bald darauf wurde ein leeres Bierseidel nach der Polizei geworfen; das Beispiel wirkte ansteckend und bald flogen strahlenförmig die Seidel aus der Hälfte des Saales nach der Bühne, worauf die Polizei retirirte. Beim Weggehen traf noch ein Seidel den Kopf des Kommissars, diesem den Helm zu Boden werfend.

Eine zur Räumung des Saales bereit gehaltene Schaar von Nachwächtern konnte nichts ausrichten, sodas nach Militär geschickt worden war. Inzwischen hatte sich der Saal vollständig geleert, aber die Menge stand noch auf der Straße, eifrig den Vorfall besprechend. Unglücklicherweise befand sich neben dem Saal ein Neubau; von hier wurden aufgeschichtete Backsteine genommen und damit die Fenster des Saales eingeworfen; auch wurde mit einer Platte der Windfang am Saaleingange zerstört. Wer diese unsinnige und unselige That angestiftet hat, ist niemals bekannt geworden, trotzdem die Staatsanwaltschaft später eine Belohnung von 500 M. für die Angabe der Thäter ausgesetzt hatte. Man darf eben nicht vergessen, daß zu jener Zeit das Institut der Lockspizel in höchster Blüthe stand.

Schon begann sich die Menschenmenge zu zerstreuen, als eine Korporalschaft Militär, geführt von einem Unteroffizier und ein Hornist an der Spitze, anrückte. Man ließ die Soldaten ruhig passieren, die zunächst in den Saal zogen und nach dem Signal zum Ausschwärmen zwischen die Menge gingen. Diese flüchtete zwar sofort, kam aber wieder, als sich die Soldaten nach dem Saal wieder zurückzogen. Dann schwärmte das Militär zum zweiten Mal mit gefälltem Bajonett aus, auf Jeden stoßend und stehend, der nicht schnell genug ausweichen konnte. Der Arbeiter Emil Ferche, der zum ersten

Mal eine Arbeiterversammlung besucht hatte, wurde mit einem Bajonett beim Davoneilen vom Rücken aus mitten durch die Brust gestochen. Proletarierblut färbte das Pflaster und es war eine Wohlthatschlacht im buchstäblichen Sinne des Wortes geworden. Damals war der dem „Boo“ gegenüberliegende Theil der Straße noch unbebaut, sodas die Masse dorthin ausweichen konnte, sonst wären wohl mehr derartige Verwundungen vorgekommen. Die Kunde von dem Vorfall verbreitete sich schnell und hat wohl viel mit dazu beigetragen, das die Straße bald menschenleer war. Jerche wurde in das Haus eines Arztes getragen, ist aber nach kurzer Zeit gestorben. Von der Beerdigung, die vom städtischen Krankenhaus aus stattfand, hatten die Genossen übrigens nichts erfahren, sodas sie dem Verstorbenen nicht einmal das letzte Geleit geben konnten. Er war erst 31 Jahre alt; seine letzten Worte waren: „Grüß meine beiden Kinder!“

Unter der Menge auf der Straße hatten sich auch Polizeibeamte in Zivil befunden, wie die Thatsache beweist, das der Kriminalschutzmann Bennemitt einen solchen Schlag mit einem Gewehrkolben auf den Kopf erhalten hatte, das er längere Zeit im Krankenhause zubringen mußte. Die Soldaten hatten nur eine Person wegen Widerstands verhaftet, und diese war kein Sozialdemokrat, sondern der Handlungskommiss Hüpffel, welcher von der Polizei als Gefangenentransporteur verwandt wurde, also in deren Diensten stand. Andere Betheiligte sind nicht ermittelt worden, — trotz der ausgesetzten Belohnung.

Unter den Arbeitern herrschte wegen der Vorgänge natürlich eine gewaltige Erbitterung und es bedurfte all des Einflusses der weitersehenden Genossen, um sie von unüberlegten Schritten, die natürlich noch verhängnißvollere Folgen nach sich gezogen hätten, abzuhalten. Ein einziges Ereignis hatte genügt, bei den bis dahin so ruhigen Arbeitern eine Stimmung hervorzubringen, die zu Allem fähig gewesen wäre! Indessen siegte schließlich die Vernunft.

Der Krawall mußte den Vorwand abgeben, um den bereits angedrohten Belagerungszustand zu verhängen. Genau eine Woche später, am 14. Februar, wurde die Maßregel im Bundesrath auf Antrag des damaligen Ministers des Innern, Herrn v. Buttler, beschlossen. Schon am folgenden Tage Abends erschien die amtliche Bekanntmachung und am 16. wurden bereits die ersten Ausweisungsbefehle geschrieben. Die bürgerliche Presse brachte an diesem Tage die Nachricht, es seien 26 Ausweisungen beschlossen worden. In denselben Räumen, in welchen sich heute die Druckerei des Stettiner „Volksboten“ befindet, wo damals eine Restauration war, beriethen die Genossen über die nächsten Schritte. Am Abend des 16. Februar wurden die Ausweisungsbefehle ausgetragen — bis zum 19. Februar Mittags 12 Uhr, zwei Tage vor der Wahl, mußte die Heimath verlassen sein. Wie hatte sich das Schicksal der mit großer Hoffnung in die Wahlbewegung eingetretenen Genossen in kurzer Zeit geändert! Welches Gefühl Einen beherrschen muß, der wie ein räudiger Hund davon gejagt, von den Seinen gewaltsam gerissen, aus dem Freundeskreise, der Heimath, dem Orte, wo man so lange seine Existenz hatte, vertrieben wird, das zu schildern, möge man mir erlassen. Jeder

Deutsche hat bekanntlich das Recht, seine freie Meinung für sich zu behalten: das Ausschreiben derselben ist meist gefährlich.

Herbert war übrigens nach Dresden gereist, ehe er die Ausweisung erhalten hatte und kam am Tage der Wahl wieder zurück, um seine Stimme abzugeben. Dafür wurde er am andern Tage Morgens halb 6 Uhr aus dem Bett geholt und verhaftet. Nach 8 Tagen aus der Haft entlassen, wurde er den Tag darauf — es war gerade Stichwahl — wiederum verhaftet, um am folgenden Tage mit der Weisung entlassen zu werden, mit dem nächsten Zuge abzureisen. In dem später dieserhalb angestregten Prozesse erfolgte übrigens Freisprechung. Nachstehend die Namen sämtlicher Genossen in alphabetischer Reihenfolge, die im Laufe der Zeit ausgewiesen worden sind:

Ußmann, Tischler; Bahr, Tischler; Barkowsky, Buchdrucker; Behnke, Schuhmacher; Behrend, Maurer; Berger, August, Maurer; Berger, Albert, Arbeiter; Bloksdorf, Maurer; Derda, Schuhmacher; Differt, Schneider; Dinse, Franz, Schuhmacher; Fahrenwaldt, Zimmerer; Gast, Tischler; Görcki, Zigarrenhändler (Berlin); Hartwig, Maurer; Herbert, Redakteur; Herbst, Schlosser; Kandt, Maurer, Leopoldt, Tischler (jetzt Expedient am „Volksboten“ in Zeitz); Lösewitz, Maurer; Mattje, Maurer; Mohns, Schuhmacher, Müller, Arbeiter; Neldner, Schlosser; Neutwitz, Arbeiter; Sanow, Schlosser-Invalide; Scheffler, Arbeiter; Schließe, Arbeiter; Schmidt, Arbeiter; Schmidke, Böttcher; Schneider, Arbeiter; Schulz, Maurer; Schünke, Arbeiter; Seegert, Maurer; Seidel, Tapezier; Steintweg, Arbeiter; Stolz, Tischler; Storch, Arbeiter (später Zigarrenhändler); Tesch, Maurer; Vandree, Schuhmacher; Völker, Maurer; Voigt, Arbeiter (später Zigarrenhändler); Werner, Schuhmacher; Wichmann, Dreher; Will, Schuhmacher; Will, Schneider; Winkler, Schneider.

Ausgewiesen wurden außerdem noch drei Genossen, doch auf deren Ansuchen die Maßregel zurückgenommen, ehe sie die Heimath verlassen hatten. Gegen Gast wurde die Ausweisung nach einigen Monaten zurückgenommen. Der letzte Ausgewiesene war der Arbeiter Müller, dessen Ausweisung am 2. Dezember 1887 erfolgte.

Durch den Belagerungszustand hatte sich wohl Niemand davon abhalten lassen, den sozialdemokratischen Kandidaten zu wählen, im Gegentheil, Mancher hatte erst recht für denselben gestimmt. Die Stimmenzahl war seit der Wahl im Oktober 1884 gewaltig gewachsen; es wurden für Herbert 4276 Stimmen abgegeben, in einem Zeitraum von 2 Jahren 4 Monaten waren also 3100 Stimmen gewonnen worden. Im Wahlkreise Radow-Greifenhagen wurden für Görcki 3786 Stimmen abgegeben. Gleichzeitig hatte auch in der Provinz die Bewegung wieder Boden gewonnen. In Wolgast (Kreis Greifswald-Grimmen) wurden 12 und in Pyritz (Kreis Pyritz-Saahig) 18 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. In der amtlichen Statistik sind diese Stimmen nicht mit angeführt; sie sind als zersplittert bezeichnet. Von Mitte März an wurde der „Stettiner Volks-

bote“ mit unverändertem Titel in Stargard gedruckt, wohin Herbert übergesiedelt war.

Am 31. Oktober 1889 hatte der Belagerungszustand in Stettin und Umgegend sein Ende erreicht, doch sind die meisten Ausgewiesenen nicht wieder zurückgekehrt. Ende April 1890 siedelte die Druckerei des „Stettiner Volksboten“ wieder nach Stettin über. Es wurde auch das Format des Blattes vergrößert und vom 1. August an erschien dasselbe wöchentlich dreimal.

In der Zeit von der Reichstagswahl 1887 bis zu derjenigen 1890 konnte fast nur von Mund zu Mund agitirt werden, welche Agitation sich aber als sehr wirksam erwies. Selbstverständlich wurden auch nach Möglichkeit Druckschriften verbreitet. Das geistige Band bildete der „Volksbote“. Wenn leicht Jemand geglaubt haben sollte, durch Verhängung des Belagerungszustandes die Sozialdemokratie geschädigt zu haben, so hat das Ergebnis der Reichstagswahl 1890 diesen Wahn gründlich zerstört. Für Stettin war wieder Friß Herbert als Kandidat aufgestellt worden. Derselbe war im Laufe des Jahres 1889 in mehreren Preßprozessen insgesamt zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt worden; kaum waren die Wahlen bekannt gemacht, so mußte er auch, trotzdem er ein ärztliches Attest vorlegte, daß er krank sei und ohne Schaden für seine Gesundheit die Haft nicht überstehen werde, ins Gefängniß.

Als am Wahltag, am 20. Februar, die Stimmen gezählt worden waren, da herrschte in den Kreisen der Arbeiter großer Jubel, in denen der Gegner tiefe Niedergeschlagenheit. Die Sozialdemokratie hatte von allen Parteien die größte Stimmenzahl, nämlich 7759, erhalten. Die übrigen Parteien hatten gegen die früheren Wahlen weniger Stimmen erhalten; die Freisinnigen bekamen 5387, die Kartellparteien (Konservative und Nationalliberale) 3411. Außerdem wurden für einen antisemitischen Kandidaten 565 und für den Katholiken Dr. Windthorst 60 Stimmen abgegeben. Es mußte also eine Stichwahl zwischen dem sozialdemokratischen und dem freisinnigen Kandidaten stattfinden. Bei dieser hatten sich dieselben Leute, die sich vorher grimmig befehdet hatten, brüderlich vereint — das Klasseninteresse der kapitalistischen Parteien hatte gegenüber der Sozialdemokratie die Oberhand behalten. In der Stichwahl erhielt der Kandidat der Freisinnigen, Mar Brömel, 9446, Friß Herbert dagegen nur 8468 Stimmen.

Ähnlich wie in Stettin war auch die Stimmenzahl in Randow-Greifenhagen gewachsen. Hier kandidirte Genosse Alwin Körsten aus Berlin, der am 20. Februar 8422 Stimmen erhielt. Der konservative Kandidat hatte 12531 und der freisinnige 4254 Stimmen erhalten. Auch hier kam der sozialdemokratische Kandidat in die Stichwahl; in derselben wurde der konservative Kandidat v. d. Osten-Blumberg mit 16465 Stimmen gewählt; Alwin Körsten hatte 10065 Stimmen erhalten. Hatten in Stettin die Konservativen für den Freisinnigen gestimmt, so stimmten in Randow-Greifenhagen die Freisinnigen für den Konservativen. Eine Hand wäscht eben die andere.

Aber auch die Provinz hatte entsprechende Fortschritte gemacht. Im Wahlkreise Uckermünde-Useedom-Wollin, wo zum ersten Male

ein Sozialdemokrat, Genoss Wilhelm Gründel in Berlin, kandidierte, wurden 1730 Stimmen für denselben abgegeben. Der Wahlkreis Pommern-Saazig (Stargard) brachte 763 sozialdemokratische Stimmen auf. In Stargard, wo es trotz aller Bemühungen nicht möglich gewesen war, eine Versammlung abzuhalten, wurden allein 589 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Ich führe dies deshalb an, weil sich die Gegner der Sozialdemokratie einbilden, eine rettende That vollständig zu haben, wenn sie durch Abtreibung der Lokale eine Arbeiter-Versammlung vereiteln. Daß solche Machenschaften der Sozialdemokratie gar nichts schaden, dafür ist Stargard der deutlichste Beweis. Gleichfalls 763 sozialdemokratische Stimmen hatte der Kreis Grauswald-Grimmen; hiervon hatte Wolgast allein über 400 Stimmen geliefert. Der Kreis Stralsund-Franzburg-Mügen, wo Maurer Wägenburg in Stralsund kandidierte, brachte 735 Stimmen. Der Wahlkreis Fürstenthum (Köslin-Kolberg-Körlin) lieferte weiter 227, Stolp-Lauenburg, der Stammsitz Puttkamer's, 148, und Naugard-Regenwalde 84 sozialdemokratische Stimmen. In den Wahlkreisen Pommern-Saazig, Grauswald-Grimmen, Fürstenthum, Stolp-Lauenburg und Naugard-Regenwalde hatte man, da eine umfangreiche Wahl-agitation nicht möglich war, einfach Stimmzettel für Fritz Herbert abgegeben.

Nach der amtlichen Statistik wurden in der Provinz Pommern sozialdemokratische Stimmen abgegeben: 1871: 284, 1874: 4918, 1877: 3910, 1878: 1747, 1881: 1069, 1884: 1909, 1887: 8178 und 1890: 20631. Von 1874 bis 1881, der ersten Wahl unter dem Sozialistengesetz, ist also die Partei stetig zurückgegangen, von da an ist wieder ein Aufschwung zu verzeichnen, der namentlich seit dem Bestehen des „Volksboten“ sich bemerkbar machte, und gegenwärtig hat die Partei ihre Stärke von 1874 weit überholt.

Ein Vorgang muß hier noch erwähnt werden, und zwar deshalb, weil er zeigt, wem die politische Verfolgung eigentlich nützt. Am 13. April 1890 hatte Herbert seine Strafe, die er im Gefängnis zu Stargard „verbüßte“, beendet; im „Volksboten“ wurde nun dazu aufgefodert, ihm einen würdigen Empfang zu bereiten. Die Polizei hatte darauf nichts Eiligeres zu thun, den geplanten „Aufzug“ zu verbieten und das Verbot an allen Straßenecken sowie in den größeren Werkstätten bekannt machen; auch Herbert erhielt ein solches Verbot im Gefängnis eingehändigt. Viele Genossen hatten wohl während der Wahlbewegung den Wunsch gehabt, Herbert, der ja vorher ausgewiesen war, persönlich kennen zu lernen, Andere waren vielleicht von Neugierde getrieben, genug, als Herbert mit dem Zuge kam (es war an einem Sonntag Nachmittags), waren etwa 10000 Personen zugegen. Die an den Bahnhof grenzenden Straßen und selbst die auf der Oder liegenden Rähne waren dicht mit Menschen besetzt. Eine solch großartige sozialdemokratische Demonstration war noch nie dagewesen. Die Polizei verhielt sich den gegebenen Thatsachen gegenüber anständig. Damals war Graf Stolberg Polizeipräsident, der übrigens selbst die Anordnungen traf. Herbert fuhr nach dem nächsten Lokale, wohin auch ein großer Theil der Genossen folgte. Nur vor der Militär-Hauptwache, wo das Gedränge am dichtesten war,

kam es zu einem kleinen Zusammenstoß mit der Polizei, im Uebrigen verlief Alles ohne bemerkenswerthen Zwischenfall.

Ebenso harmlos sollte leider die Demonstration zu Gunsten des Achtstundentages am 1. Mai 1892, welcher Tag ebenfalls ein Sonntag war, nicht verlaufen. Die Stettiner Genossen (die Randow-Greifenhagenener Genossen hielten ihre Maiseier unter sich allein ab) wollten an dem genannten Tage einen Spaziergang unternehmen. Das Waldmann'sche Lokal war als Sammelpunkt bestimmt. Von dort aus bewegte sich der Zug etwa 3000 Personen stark in zwan- ziger Folge Morgens gegen 6 Uhr die Oberwiek entlang, grüne Schanze hoch, längs des Paradeplatzes durch die Moltkestraße bis zur Polizeistraße, als plötzlich ein Polizeiaufgebot erschien und nach einem Befehl zum Auseinandergehen, der indessen nur von Wenigen verstanden worden war, den Zug mit blanker Waffe auseinander sprengte. Inzwischen war nämlich Graf Stolberg verfest und ein Herr Thon Polizeipräsident geworden. Obwohl die Schutzleute nur mit flacher Klinge einhauen sollten, ist doch vielfach mit der scharfen Kante gehauen worden. In wilder Flucht stob Alles auseinander, gleichwohl sind Viele verletzt und ihnen die Kleider zerrissen worden. Eine große Erbitterung herrschte über das Vorgehen der Polizei nicht nur in den Reihen der Arbeiter, sondern weit bis in das Bürgerthum hinein, soweit Haß und Furcht vor der Sozialdemokratie noch nicht jeden gesunden Gedanken erstickt hatten. Verschiedene Leute meinten, es müsse eine Untersuchung gegen die Schutzleute stattfinden; davon hat nichts verlautet, dagegen wurde gegen 10 Genossen wegen Theilnahme an einem öffentlichen Aufzuge Anklage erhoben. Zwei derselben wurden als Leiter betrachtet und zu je 100 M., die Uebrigen zu je 15 M. Geldstrafe verurtheilt. Indessen solche Vorgänge wirken ungemein agitatorisch für die Sozialdemokratie; das weiß Jeder, der die Wirkung derselben in Volkskreisen beobachten kann, nur unsere Gegner merken das nicht oder thun wenigstens so.

Am 7. Februar 1891, vier Jahre nach jener aufgelösten Versammlung, die den Belagerungszustand zur Folge hatte, fand in denselben Räumen, im Saale der Bock-Brauerei, eine Erinnerungsfeier, und zwar ein Maskenball, statt, an dem sich ca. 4000 Personen theiligten. Das Gefühl, daß die Sozialdemokratie alle Hindernisse siegreich überwinden und dereinst ihre Ideen verwirklichen werde, beherrschte die Theilnehmer und die Feier verlief in ungetrübter Weise, wie es bei Arbeiterfesten selbstverständlich ist.

Am 28. Juni 1891 fand der zweite sozialdemokratische Parteitag der Provinz Pommern, der damals irrthümlicher Weise als der erste bezeichnet wurde, im Waldmann'schen Lokale zu Stettin, Galawiese 13, statt. Anwesend waren insgesamt 40 Delegirte, darunter 3 Frauen, welche folgende Orte vertraten: Stettin, Grabow, Bredow, Züllchow, Remitz, Stolzenhagen, Pödejuch, Greifenhagen, Garb, Pasewalk, Jaknick, Torgelow, Wolgast, Stralsund, Stargard, Pyritz und Köslin. Verhandelt wurde über die Agitation in der Provinz und die Presse. Es wurde beschlossen, eine Agitationskommission einzusetzen, welche später in einer Volksversammlung gewählt wurde und die den dritten Provinzialparteitag auf den 27. Dezember 1892 nach dem Dresdner Lokale in Grabow bei Stettin einberief. Die Verhandlungen

dehnten sich noch bis zum folgenden Tage aus. Anwesend wa-
40 Delegirte, darunter 4 Frauen, die folgende Orte vertraten: Stett
Grabow, Bredow, Züllichow, Nemitz, Stolzenhagen, Bodejuch, Greife
hagen, Pasewalk, Anklam, Wolgast, Stralsund, Swinemünde, St
gard, Pyritz, Köslin, Kolberg, Kammin, Stolp und Lauenburg.
wurde über den Bericht der Agitationskommission, die Presse u
die Kandidatenfrage bei den nächsten Reichstagswahlen verhandelt
Der Verlag des „Volksboten“ wurde dem Genossen Herbert belass
aber beschlossen, eine Preßkommission einzusetzen. Zur Agitatio
kommission sollen in Zukunft außer den 5 Mitgliedern in Ste
oder dessen Umgebung noch je 1 Mitglied in Wolgast, Strals
Pyritz und Köslin gehören.

Auf diesem Parteitage konnte die erfreuliche Thatsache festge-
werden, daß die sozialdemokratische Bewegung in der Provinz
den letzten Reichstagswahlen erhebliche Fortschritte gemacht hat. Die
am 27. Oktober 1891 im Wahlkreise Stolp-Lauenburg stattgefundene
Nachwahl zum Reichstage zeigte bereits eine Vermehrung der sozial-
demokratischen Stimmenzahl von 148 des Jahres 1890 auf 308. In
den Wahlkreisen Kammin-Greifenberg, Anklam-Demmin und Neu-
stettin, wo bisher noch keine einzige sozialdemokratische Stimme ab-
gegeben wurde, hat die Sozialdemokratie inzwischen Anhänger ge-
wonnen und die nächste Reichstagswahl wird zeigen, daß das alte
Sprichwort: „Der Pommer ist so dumm im Winter wie im Sommer“
allmählig seine Berechtigung verliert. Gleichwie in anderen Gegenden,
so steigt auch in Pommern die sozialistische Fluth, bis sie das wirth-
schaftliche Glend hinweggeschwemmt hat. Die Gegner sehen das
Steigen, können es aber nicht verhindern und greifen in ihrer Angst
nach jedem Strohhalme wie ein Ertrinkender. Alle die alten Mittel
der Lüge und Verleumdung, der possenhafsten Darstellung des Zukunfts-
staates und nicht zuletzt die Anklagen und Verfolgungen können das
Wachsthum der Sozialdemokratie nicht aufhalten. Die nimmer er-
hmende Thätigkeit der heutigen Anhänger derselben, das Bestreben,
ner mehr Licht zu verbreiten, sowie die wirthschaftliche Entwicklung
bürge den schließlichen Sieg der sozialistischen Ideen. Keine
cht der Welt kann das Wachsthum der Sozialdemokratie auf-
ten. Kämpfe innerhalb der Partei wie in den 70er Jahren in
ettin können der Bewegung wohl schaden, aber doch nicht den
giltigen Erfolg verhindern, denn schließlich siegt doch die Vernunft.
um in späterer Zeit die Früchte der heutigen Thätigkeit genießen
eden, so wird man gewiß nicht begreifen können, doch zur Durch-
vung solch einfacher und vernünftiger Ideen so schwere Kämpfe
hagefochten werden mußten.



Marseillaise der pommerischen Arbeiter.

Wer will den Uebermuth mit dämpfen,
Den übet Kraut- und Schlot-Baron,
Wer will für Recht und Freiheit kämpfen,
Wer will, daß der gerechte Lohn
Für jede Arbeit Jedem werde,
Der trete ein in unsre Reih'n,
Der möge mit das Volk befrei'n
Von jeder drückenden Beschwerde.

Wir folgen ohne Scheu
Der rothen Fahne treu.
Es trotzet kühn jeder Gefahr
Die tapf're Pommernschaar.

Am Ober- wie am Ostsee-Strande,
Allüberall herrscht noch viel Noth,
Der Proletarier auf dem Lande
Verdienet kaum sein täglich Brot.
Damit sich unser Schickal wende,
So müssen brüderlich vereint
Wir kämpfen gegen jeden Feind,
Bis alle Armuth ist zu Ende.

Wir folgen u. s. w.

Wir schaffen an vom frühen Morgen,
Und haben nichts als Müh' und Plag',
Uns drücken immer Noth und Sorgen,
Schon manches Herz vor Kummer brach.
Drum Volk in Pommern, auf, erwache,
Der Tag der Freiheit bricht bald an,
Vorwärts auf der betret'nen Bahn,
Es gilt der großen heil'gen Sache.

Wir folgen u. s. w.

Für jeden Fortschritt sind ja leider
Schon schwere Opfer dargebracht,
Bis all' die kühnen Geistes-Streiter
Besiegt des finstern Wahnes Macht.
Wer mag dabei noch müßig stehen,
Wenn schon es in der ganzen Welt,
In allen Ländern ist erhellt,
Dem Siege wir entgegengehen!

Wir folgen u. s. w.

Der Pommer war zu allen Zeiten
In seinem Willen unbeugsam.
Wir werden wacker vorwärts schreiten,
Nicht rückwärts geh'n und werden lahm.
Triumph! Schon sind der Kämpfer viele,
Wir kommen bald zu unserm Recht,
Bald geht es weder Herr noch Knecht,
Schnell eilen wir zu unserm Ziele.

Wir folgen u. s. w.

Fritz Herber